Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14491 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Montag den 3. Mai 1926 — Nummer 101

Generalstreik in England

Vollständige Betriebsstillegung — Der König verhängt den Ausnahmezustand — Beginn des Kampfes Dienstag vormittag

Eine Konferenz der Vollzugsausschüsse von 200 Gewerkschaften erklärte sich mit übergroßer Mehrheit für den Streik. Die Delegierten von insgesamt 3 653 527 Mitgliedern stimmten für den Streik. Delegierte von 25 911 Mitgliedern machten Vorbehalte. 319 000 Gewerkschaftsmitglieder waren nicht vertreten. Der Sekretär des Transportarbeiterverbandes erklärte, nachdem die Regierung Notstand proklamiert habe, zeige es sich, daß die Regierung zum Kriege mobil mache. Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes verlangte, daß die Regierung ihren Frieden einsehen solle. Mac Donald erklärte, die Bergarbeiter wünschen keinen Krieg. In einer Versammlung der Delegierten der Bergarbeiter erklärte Robert Smith, es solle alles getan werden, um noch zu einer Regelung zu kommen, jedoch werde man einen Frieden um jeden Preis nicht mitmachen. Die Delegierten sollen in ihre Bezirke zurückkehren und die Arbeiter warnen, sich durch Provokateure zu Ausschreitungen hinreißen zu lassen. Wenn bis Dienstag keine Verständigung erzielt ist, wird der Streik in den lebenswichtigen Betrieben beginnen. Dem Rat des Gewerkschaftsbundes ist Vollmacht erteilt worden. Der Streik wird sich auf die Eisenbahn, das Land- und Wasserverkehrswesen, die Minen, die Buchdruckereien einschließlich der Zeitungen, die Metallwerke, die chemische Industrie, die Bauindustrie mit Ausnahme derjenigen, die die Wohn- und Krankenhäuser herstellen, ausdehnen. Die Arbeiter in den Elektrizitäts- und Gaswerken werden die Belieferung der Industrie einstellen. Die Dienstzweige, die der öffentlichen Gesundheit und Volksernährung dienen, sollen nicht unterbrochen werden. Die Gewerkschaften wollen an einer gerechten Verteilung der Lebensmittel mitwirken. Aus allen Bergwerksbezirken liegen schon Meldungen über völlige Arbeitseinstellungen vor. Nur die notwendigsten Arbeiten für Instandhaltung werden ausgeführt. Die Regierung hat Truppen in die Berggebiete abgeschickt. Die Flotte, die auf eine Kreuzfahrt in See gehen sollte, ist ebenfalls zurückbehalten worden. Gestern abend fand unter dem Vorsitz Baldwins eine Zusammenkunft von Ministern und anderen Persönlichkeiten statt, die sich mit Notstandsmaßnahmen befaßte. Mac Donald erklärte, daß die Krise im Bergbau am Montag im Unterhaus zur Sprache komme. Er hoffe, daß noch eine Verständigung erzielt werde. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, so würde von allen Seiten der Kampf solange geführt werden, bis Recht und Gerechtigkeit den Sieg errungen hätten. Im Kabinettsrat forderte man den König auf, eine Proklamation an die Bevölkerung zu erlassen.

Die englische Arbeiterschaft steht wieder vor einem gewaltigen Kampf, wie ihn seit langem keine Arbeiterschaft geführt hat. Wenn die Kapitalisten nicht noch heute nachgeben, wird England morgen stilliegen. Die englischen Arbeiter erproben erneut, wie an jenem Roten Freitag vor zirka einem Jahre, die Kampfkraft einer geschlossenen, zielbewußten Arbeiterarmee. Das gesamte, internationale Proletariat muß in diesem Kampf Seite an Seite mit den englischen Arbeitern stehen. Keine Schaufel Kohle darf als Streikbrecherkohle nach England befördert werden. Jeder Arbeiter in Deutschland muß von Anfang an ablehnen, als Streikbrecher gegenüber den englischen Kollegen aufzutreten. Dafür aber größte Solidarität. Wenn der Ruf zur Unterstützung erschallt, dürfen die deutschen Arbeiter nicht fehlen. Haltet euch bereit zur Unterstützung, zur Sammeltätigkeit für das kämpfende englische Proletariat!

Kampf für die Rettung der Arbeiterschaft

London, 3. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem die Konferenz der Vollzugsausschüsse im Namen von 3½ Millionen englischen Gewerkschaften den Generalstreik in ganz England zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter gegen die Unternehmeroffensive verkündet, erklärt der König den Ausnahmezustand. Die Regierung traf alle kriegsmäßigen Maßnahmen, um den Generalstreik abzuwehren. Die Gewerkschaften führen eine gewaltige Mobilisierung durch. In einem Aufruf des Vorsitzenden des Gewerkschaftskongresses werden alle Arbeiter und Arbeiterinnen zum Kampf für die Rettung der Arbeiterschaft und besonders der Bergarbeiterschaft aufgefordert. Im Falle des Generalstreiks ruht die Belieferung der Industrie aus Elektrizitäts- und Gaswerken, und der gesamte Verkehr wird stillgelegt. Nur die für die öffentliche Gesundheit und Volksernährung lebensnotwendigen Dienstzweige sollen nicht unterbrochen werden. Aus allen Bergwerksgebieten wird bereits völlige Arbeitseinstellung berichtet. Die kapitalistische Presse hat nach der Stillegung durch den Generalstreik eine große Hetze gegen die gesamte Arbeiterschaft entfaltet. Sie spricht von geplanten kommunistischen Unruhen. Die Regierung hat Truppen nach den Bergwerksgebieten geschickt, um die Polizei zum Schutz des kapitalistischen Eigentums zu unterstützen. Auch die Flotte wird kampfbereit gehalten. In dieser ungeheuren Zuspitzung ist eine Entspannung eingetreten durch neue Verhandlungen des Generalrates mit der Regierung Baldwin. Vom Ergebnis dieser Verhandlungen wird abhängen, ob dieser gewaltigste Streik, den je die internationale Arbeiterschaft kennen lernte, zur Wirklichkeit werden wird.

Dauerkabinettsrat in London

Tl. London, 3. Mai. Am Sonntag vormittag begaben sich Vertreter des Gewerkschaftskongresses zum Premierminister und machten ihm neue Mitteilungen über den Standpunkt der Gewerkschaften. Darauf trat ein Kabinettsrat zusammen, der bis zum späten Abend andauerte. Die Vertreter des Gewerkschaftskongresses sollen nach Schluß der Kabinettsberatungen erneut von Baldwin empfangen werden. Beide Parteien haben es bis jetzt abgelehnt, über den Inhalt der Verhandlungen Mitteilung zu machen.

Neue Einigungsversuche Baldwins

Tl. London, 2. Mai. Gestern abend begaben sich einige Mitglieder des Gewerkschaftskongresses zum Premierminister Baldwin, mit dem sie bis spät in die Nacht über eine Einigungsformel verhandelten. In dem amtlichen Kommunique wird festgestellt, daß noch weitere Verhandlungen notwendig seien. Wie von anderer Seite gemeldet wird, haben die Gewerkschaftsvertreter gestern den Standpunkt vertreten, daß der Generalstreik nicht wirksam werden würde, wenn aussichtsvolle Verhandlungen zustande kämen.

England in Ausnahmezustand

Umwandlung von Geld- in Gefängnisstrafen.

Tl. London, 2. Mai. Eine Regierungsverordnung gibt bekannt, daß während des Ausnahmezustandes auch bei Uebertretungen alle Geld- in Gefängnisstrafen umgewandelt werden.

Die Generalstreikerklärung und das Ausland

Tl. London, 2. Mai. Die Wirkung der englischen Generalstreikerklärung auf das Ausland wird in London mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, ganz besonders die Stimmen, die aus Deutschland kommen. Uebereinstimmend wird darauf hingewiesen, daß man den englischen Streik in der deutschen Kohlenindustrie als einen außerordentlichen Glücksfall bezeichne und die Hoffnung hege, während des Streiks die deutsche Kohlenausfuhr steigern zu können, die bisher unter dem Wettbewerb der durch die Subventionen ermöglichten englischen Kohlenausfuhr sehr darniedergelegen habe.

Die Stellung der Komintern zum Bergarbeiterstreik in England

Unterstützung versprochen.

Moskau, 2. Mai. (Telunion.) Im Zusammenhang mit dem Bergarbeiterstreik in England hat das Vollzugskomitee der Kommunistischen Internationale einen Aufruf an die Arbeitermassen der Welt erlassen, in dem diese aufgefordert werden, sich der Komintern anzuschließen, da sie dann bessere Aussichten hätten. Das Vollzugskomitee erklärt sich bereit, die Mittel zur Verfügung zu stellen, damit der Kampf für die Bergarbeiter gewonnen werde. Es soll versucht werden, eine Konferenz der Gewerkschaften der zweiten und dritten Internationale einzuberufen, um ein Komitee für die Unterstützung der englischen Bergarbeiter zu bilden. In Moskauer politischen Kreisen beobachtet man mit großer Freude den Kampf zwischen dem englischen Premierminister Baldwin und dem englischen Gewerkschaftsführer Cook. Man ist der Ansicht, daß die jetzige Lage Englands sehr viel Aehnlichkeit mit der Lage Rußlands im Jahre 1905 habe.

1 Million Aufmarsch in Moskau

Moskau, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Maidemonstration in Moskau auf dem Roten Platz zählte mehr als eine Million Teilnehmer.

Blutige Zusammenstöße in Warschau

Warschau, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Polizei benützte den Versuch der Kommunisten, gemeinsam mit den Sozialdemokraten zu demonstrieren, zu einem blutigen Gemetzel. Unterstützt von der rechtssozialistischen Arbeiterwehr, wurde auf den kommunistischen Zug geschossen, wobei 4 Tote und 30 Verletzte auf der Strecke blieben.

Die Arbeiterfußballer für die Einheitsfront

Wie wir erfahren, konnte das bei der SPD.-Maifeier auf den Elbwiesen angekündigte Spiel der Spielvereinigung 02 gegen Cotta nicht stattfinden, da die Fußballer es ablehnten, für eine Partei zu spielen. Sie erklärten, daß sie nur gewillt wären, bei gemeinsamen Kundgebungen der Arbeiterschaft mitzuwirken.

Der Vertrag zwischen der USSR. und Deutschland

Von Karl Radek.

Der Kampf der Deutschland und der Sowjetunion feindlich gesinnten Zeitungen hat die Unterfertigung des Vertrages zwischen Deutschland und der Sowjetunion und den Austausch der Noten, die eine nicht geringere Bedeutung besitzen als der Vertrag selbst, nicht aufgehalten, sondern im Gegenteil beschleunigt. Die Agitation gegen die Festigung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion hat den Volksmassen beider Länder und beiden Regierungen wieder einmal gezeigt, daß sie sich auf dem richtigen Wege befinden, wenn sie an der wirtschaftlichen und politischen Annäherung beider Nationen arbeiten, die eine Bürgschaft des Friedens in Osteuropa ist. Die sofortige Veröffentlichung des Vertrages und die ihn ergänzenden Noten beweisen, daß beide Länder nichts verbergen wollen, da sie nichts zu verbergen haben. Auch eine Diplomatie, die den Interessen der Volksmassen entspricht, kann Verhandlungen nicht auf der Straße führen, sie ist jedoch verpflichtet, offen aufzutreten und kann aus diesem offenen Auftreten nur gewinnen. Was aber besagt für die Volksmassen beider Länder der Berliner Vertrag?

Er besagt, daß **trotz der Anstrengungen Großbritanniens, Deutschland in den britischen Karren zu spannen und es zu einem Werkzeug des Kampfes gegen die Sowjetunion zu machen, die deutsche Regierung imstande ist, die wachsende Kraft der Sowjetunion zu schätzen und daß sie auf enge Beziehungen mit ihr Gewicht legt.**

Die Hindenburg-Republik, die Regierung Luthers und Stresemanns ist eine Regierung der kapitalistischen Klasse. Die kapitalistische Regierung Deutschlands hat keine Ursachen, das Land der Arbeiter und der Bauern zu lieben, aber sie verfügt über hinreichenden politischen Realismus und begreift, daß, je weniger fest die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion sein werden, um so schwächer die Stellung Deutschlands gegenüber den Ländern des siegreichen Kapitalismus sein wird. Die Erfahrungen der letzten Tagung des Völkerbundes haben der deutschen Regierung gezeigt, wie wenig die kapitalistischen Großmächte auf Deutschland Rücksicht nehmen, wie sehr sie annehmen, daß Deutschland keine Wahl hat und gezwungen ist, ihnen gefügig zu sein.

Die deutsche Regierung erklärte in ihrer Note, daß sie mit der Regierung der Sowjetunion freundschaftlichen Kontakt halten werde, **um die Meinungen in Uebereinstimmung zu bringen in allen Fragen, die die gegenseitigen Interessen beider Länder betreffen. Sie erklärt, daß, wenn der Völkerbund, entgegen den Erwartungen der deutschen Regierung, sich bemühen sollte, eine Politik zu betreiben, die einseitig gegen die Sowjetunion gerichtet wäre, die deutsche Regierung sich diesen Bestrebungen mit aller Energie widersetzen werde.**

Diese öffentlich vor dem Angesicht der ganzen Welt übernommenen Verpflichtungen besitzen große politische Bedeutung. Beide Länder schreiten durch ihre Regierungen an die Ausarbeitung einer Methode einer schiedsgerichtlichen Entscheidung aller zwischen ihnen entstehenden Fragen. Wenn es gelingen wird, auf diesem Gebiete einen Erfolg zu erzielen, so wird es keine Fragen geben, die die Beziehungen zwischen beiden Mächten verschärfen können. Was aber Versuche dritter Mächte betrifft, Deutschland in Konflikte mit der Sowjetunion hineinzuziehen, so verpflichtet sich Deutschland, sich mit aller Energie solchen Bestrebungen zu widersetzen.

Der Berliner Vertrag legt die Beziehungen Deutschlands im Falle des **Ueberfalles einer dritten Macht oder einer Mächtekoalition auf die Sowjetunion fest.** In einem solchen Falle verpflichtet sich Deutschland, **an einem solchen Ueberfall nicht teilzunehmen**, wenn er entgegen dem friedlichen Verhalten der Sowjetunion stattfinden sollte. Die Sowjetdiplomatie und die Sowjetregierung, die die Interessen der nach Frieden strebenden Volksmassen wahren, werden wirklich keinem vorurteilslosen Richter Gründe geben, unsere Politik unfriedlichen Verhaltens zu bezichtigen. Da aber Deutschland erklärt, daß es, wenn es in den Völkerbund eintritt, sich das Recht vorbehält, zu entscheiden, wer eine zum Konflikt führende Politik betrieben hat, so **stumpft der Berliner Vertrag in beträchtlichem Maße die Schneide des Vertrages von Locarno ab.**

Wir wissen sehr gut, daß ein entscheidendes Element in der Politik der bürgerlichen Staaten die Interessiertheit ist. Wir wissen, daß die kapitalistischen Mächte genügend materielle Mittel für einen Druck auf Deutschland haben, selbst dann, wenn es formell selbst seine Politik bestimmt. Darum sind wir nicht geneigt, die Bedeutung irgendeines diplomatischen Dokuments zu übertreiben. Der Berliner Vertrag muß durch eine Festigung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion und durch das Band des Proletariats der Sowjet-